Ausgabe 1 | März 2017

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Stark vor Ort

Sicherheitskonzept
Konsequenz
und Kooperation

Demokratie erneuern
Mehr Beteiligung
für mündige Bürger

Baukindergeld
Wirksame Hilfe für
junge Familien

Rückblick

Die Wahl des Bundespräsidenten

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

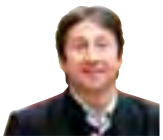
Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die Evangelisch-Lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Dr. Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

FREIE WÄHLER – stark vor Ort

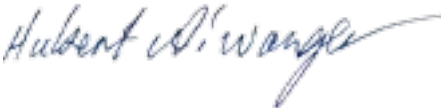
Liebe Leserinnen und Leser,

seit Jahrzehnten übernehmen wir FREIE WÄHLER Verantwortung vor Ort. Dort ist vielfach „die Welt noch in Ordnung“. Die Menschen haben aber zunehmend das Gefühl, dass die Welt im Großen immer mehr aus den Fugen gerät und sich die Gesellschaft auseinanderentwickelt. Unser Ziel muss deshalb sein, den Zusammenhalt der Menschen zu stärken und gegen eine weitere Spaltung der Gesellschaft anzugehen. Starke Kommunen sind dabei der Dreh- und Angelpunkt.

Die Landes- und auch die Bundespolitik werden aber ihrer Verantwortung für Städte und Gemeinden leider schon lange nicht mehr gerecht. Wir verstehen uns dabei als die seriöse Alternative aus der politischen Mitte, die genau diese Verantwortung einfordert. Unsere Arbeit im Bayerischen Landtag ist immer öfter richtungsweisend für unsere Heimat. So hat die CSU beim wichtigen Themenbereich „Integration und Zuwanderung“ ausgerechnet den Ort vergessen, wo all dies gelingen muss, nämlich die Kommunen. Erst nachdem wir die Berücksichtigung der Städte und Gemeinden nachdrücklich forderten, kamen diese im Integrationsgesetz überhaupt vor. Doch lässt die Staatsregierung auch jetzt noch viele unserer Bürgermeister auf den erheblichen Kosten der Flüchtlingsintegration sitzen. Wir FREIE WÄHLER fordern klar, dass diese Mehrkosten von Bund und Land getragen werden.

Als FREIE WÄHLER treten wir seit langem auch für mehr Bürgerbeteiligung in der Politik ein. Man sollte gleich mit der Direktwahl des Bundespräsidenten beginnen! Aktuellen Umfragen zufolge befürworten rund 70 Prozent der Deutschen eine solche Direktwahl. Dies würde dazu beitragen, dass sich die Bürger mit dem Bundespräsidenten über Parteigrenzen hinweg besser identifizieren können und ihn als echten Bürgerpräsidenten wahrnehmen. Sie wäre auch ein geeignetes Mittel, um die wachsende Distanz zwischen Bürgern und dem Staat zu verringern. Wer es also ehrlich meint mit einer besseren Politik, der muss unsere Kommunen stärken und die Bürger besser einbinden!

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender



Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81675 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Fotos: S. 6/7: Beate Hones, S. 18/19: Anna Feßler, Petra Brunner, Kerstin Kleinhans, S. 26/27: Pressestelle, S. 28: Rolf Poss, S. 29: Gottfried Obermair, S. 31: Beate Hones; Thinkstock; Fotolia

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Fraktionsklausur in Cham 6

2. Stammstrecke in München 8

Demokratie erneuern 9

Rückblick: Wahl des Bundespräsidenten 10

Das Sicherheitskonzept der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion 12

Baukindergeld 14

Erfolge unserer Finanz- und Steuerpolitik 15

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag: Erhalt kommunaler Frei- und Hallenbäder 16

Aktion Rollentausch 18

Kontrollen im Pflegebereich 20

Drohnen – die unterschätzte Gefahr 22

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 23

Baustoff Holz 24

Illegaler Welpenhandel 25

Tag der offenen Tür im Landtag 26

Verleihung der Verfassungsmedaille an Peter Meyer 28

Fraktion vor Ort 29

Abgeordnete im Porträt: Johann Häusler 30

Kurz berichtet 31

Zahl des Quartals 31

Was sonst noch los war 31

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Klausur der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion in Cham

„Wir sind die Qualitätsverbesserer für eine nachhaltige Politik“

Cham in der Oberpfalz war dieses Mal der Veranstaltungsort für die Winterklausur der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Mit gutem Grund: Denn die Entwicklung des ländlichen Raums spielt für uns nach wie vor eine entscheidende Rolle. Laut Prognosen werden bis 2034 über zehn Prozent der Bevölkerung aus ländlichen Regionen Bayerns abwandern. Hier wollen wir FREIE WÄHLER gegensteuern. Die Arbeit muss zu den Menschen kommen, nicht nur die Menschen zu den Arbeitsplätzen. Die Ansiedlung von Unternehmen muss daher vordringlich in strukturschwachen Regionen und nicht in Metropolen gefördert werden.

„Von über 900 größeren Betrieben, die sich in den vergangenen zehn Jahren in Bayern angesiedelt haben, entschieden sich beispielsweise nur 13 für die Oberpfalz. Hier muss die Förderung gerechter verteilt und so die Standortfaktoren verbessert werden.“

Dr. Karl Vetter, MdL

Bei einem Besuch der Stangl & Kulzer Group in Roding haben sich die Abgeordneten über die Situation eines mittelständischen Betriebs und die Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum informiert. Die Firma fertigt hochwertige Leichtbaukonstruktionen aus faserverstärkten Kunststoffen wie zum Beispiel Carbon und legt großen Wert auf Innovation und auf eine kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeiter. Gut geschulte Arbeitskräfte gibt es allerdings nicht zum Nulltarif. Hier ist auch die Politik gefordert, für passende Rahmenbedingungen zu sorgen, damit mittelständische Unternehmen im internationalen Wettbewerb auch weiterhin mithalten können.

Ein international agierendes Unternehmen wie die Stangl & Kulzer Group kann nur wachsen, wenn die Standortfaktoren passen. Dazu zählen eine gut ausgebaute Infrastruktur, schnelles Internet und qualifizierte Arbeitnehmer, aber eben auch eine ausgewogene Steu-

Die MdLs Dr. Karl Vetter und Hubert Aiwanger erkundigen sich vor Ort über Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraße 20 (oben).

Alexander Hold im Gespräch mit den Medien (oben rechts).

Besuch des nahe gelegenen Konzerthauses Blaibach (rechts).

erpolitik. Als FREIE WÄHLER setzen wir uns deshalb für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer und der kalten Progression ein, um mittelständische Betriebe zu entlasten.

Wie kann der immer weiter um sich greifenden Politikverdrossenheit begegnet und wie können die Bürger stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden?

„Sowohl Bundes- als auch Staatsregierung haben in allen Bereichen die Zügel schleifen lassen. Wir FREIE WÄHLER haben gute Konzepte erarbeitet und empfehlen uns damit als Qualitätsverbesserer für eine nachhaltige Politik."

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Auch mit dieser Frage befasste sich die Fraktion auf ihrer Klausurtagung. Gemeinsam mit Alexander Hold, unserem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, diskutierten wir verschiedene Möglichkeiten, wie die Bürgerbeteiligung erhöht und das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Beratungen lag auf dem Thema innere Sicherheit. Dabei wurde auch das neue Positionspapier der FREIEN WÄHLER zur inneren Sicherheit verabschiedet.

Auch die Absicherung des Rentenniveaus stand auf der Tagesordnung. Nur wenn es eine Reform der Rentenpolitik gibt, kann der drohenden Altersarmut entgegengesteuert werden. Wir fordern hier langfristige Lösungsansätze. Zum Beispiel muss die Mütterrente komplett steuerfinanziert werden. Zudem müssen versicherungsfremde Leistungen aus dem Rentensystem herausgenommen werden. ■

„Wir haben eine Krise des Vertrauens. Viele Menschen fühlen sich von der großen Politik nicht mehr verstanden und gehen daher vermehrt radikalen Parteien auf den Leim."

Alexander Hold,
Kandidat der FREIEN WÄHLER
für das Amt des Bundespräsidenten

Dr. Karl Vetter, MdL
Abgeordneter aus Cham

ÖPNV München

München droht der Verkehrsinfarkt

Die zweite Stammstrecke der Münchner S-Bahn soll nun kommen: Staatsregierung, Bundesverkehrsministerium und DB AG verkündeten im Oktober vergangenen Jahres, dass die Finanzierung nun stünde. Baubeginn soll demnach im April 2017 sein. Die geschätzten Kosten werden bei knapp vier Milliarden Euro liegen. Seit mittlerweile mindestens 20 Jahren ziehen sich die Pläne zu einem Ausbau des Münchner S-Bahn-Systems nun hin. Die Rahmenbedingungen haben sich seit den ersten Ideen dazu reichlich verschoben: Von einem einst geplanten echten zweiten Parallel-Ast zur bisherigen Stammstrecke sind zwischen Pasing und Ostbahnhof nur zwei zusätzliche Tiefbahnhöfe geblieben. Der Ballungsraum samt der Landeshauptstadt München ist seitdem jedoch insgesamt massiv gewachsen. Insofern sind wir FREIE WÄHLER skeptisch, ob dieses teure Tunnelprojekt allein ausreichen wird, um den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nachhaltig fit zu machen.

Ein großes Antragspaket der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion liegt dazu seit langem vor. Allerdings werden alle Ideen und Konzeptvorschläge jenseits des zweiten Stammstreckentunnels durch die CSU-Mehrheit im Landtag blockiert. Statt in einer konzertierten Aktion mit der Landeshauptstadt und den Landkreisgemeinden die Probleme anzugehen, trifft man sich nur in den eigenen Parteizirkeln zu Absprachen.

> „Die Staatsregierung springt mit ihrem einseitigen Fokus auf den zentralen zweiten Stammstreckentunnel deutlich zu kurz. Wichtig ist es jetzt die Außenäste zu ertüchtigen. Auch die stark wachsenden Stadt-Umland-Gebiete im Norden und Süden müssten durch zusätzliche S-Bahn-Linien in einem weitgehend geschlossenen Ring erschlossen werden."
>
> *Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL*

Fakt ist: In München und Umgebung muss sich in Sachen ÖPNV-Infrastruktur einiges bewegen. Die Bayerische Staatsregierung hat hier entscheidende strukturelle Entwicklungen zur nachhaltigen Verbesserung in Bayerns größtem Ballungsraum seit Jahren verschlafen und verschleppt. Die zweite Stammstrecke kann nur ein Baustein von vielen sein. Darüber hinaus müssen auch die S-Bahn-Außenäste ertüchtigt und der ÖPNV im Norden und Süden der Landeshauptstadt muss ausgebaut werden. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Abgeordneter aus München

Demokratie erneuern

Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für mündige Bürger

Es sind alarmierende Nachrichten: Das Phänomen Politikverdrossenheit ist in Deutschland weit verbreitet. Mehr als die Hälfte der Bürger fühlt sich abgehängt. Wie eine repräsentative Umfrage von TNS Infratest im Auftrag des Magazins *Der Spiegel* im März 2016 ergab, stimmten 57 Prozent der befragten Wahlberechtigten der Aussage zu: „Die da oben in der Politik machen sowieso, was sie wollen, meine Meinung zählt da nicht."

„Die da oben – wir da unten."

Als FREIE WÄHLER wollen wir diesem Phänomen entschieden entgegentreten und fordern deshalb u. a. mehr direkte Demokratie in Bayern. Gerade in einer digitalen Gesellschaft halten wir es für unerlässlich, dass die Bürger aktiv mitbestimmen können. Bestes Beispiel hierfür ist das umstrittene Handelsabkommen Ceta. Eine Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ist gegen das Vertragswerk. Die FREIEN WÄHLER hatten sich daher für eine Volksbefragung eingesetzt. Wir wollten das Votum der Bevölkerung einholen, bevor Bayern dazu im Bundesrat seine Stimme abgibt.

„Volksbefragung ohne Volk."

Doch Ministerpräsident Seehofer verweigerte eine Volksbefragung zu Ceta. Dabei hatte der Landtag mit der CSU-Mehrheit im März 2015 beschlossen, in Bayern per Gesetz das Instrument der „Volksbefragung" einzuführen. Das Gesetz sieht vor, bayernweite unverbindliche Volksbefragungen durchzuführen. Sie könnten von der Bayerischen Staatsregierung zusammen mit der Landtagsmehrheit initiiert werden – nicht jedoch vom Volk. Eine derart von oben dekretierte Volksbeteiligung ist natürlich keine echte direkte Demokratie – zumal das Ergebnis auch noch unverbindlich ist. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat diese konsultative Volksbefragung in seiner Entscheidung vom 21. November auch prompt wegen fehlender Verankerung in der Bayerischen Verfassung für verfassungswidrig erklärt.

Als FREIE WÄHLER fordern wir, dass die Ergebnisse von Volksbefragungen im Sinne einer stärkeren Bürgerbeteiligung künftig politisch bindend sein müssen. Mit einem Maßnahmenpaket wollen wir insgesamt mehr Mitsprache der Bürger bei wesentlichen politischen Fragen erreichen.

„Wir brauchen ein aufgeklärtes, mündiges Bürgertum."

So soll nach unserer Vorstellung die Bevölkerung selbst das Recht erhalten, Volksbefragungen zu initiieren. Außerdem sollen auch finanzwirksame Volksbegehren künftig zulässig sein. Darüber hinaus wollen wir eine Beteiligung per Brief sowie eine Verlängerung der Bereithaltungszeit für die Eintragungslisten von zwei auf vier Wochen erreichen. Weitere Änderungen betreffen das Bayerische Informationszugangsgesetz sowie Verbesserungen im Petitionswesen.

Besonders wichtig ist uns auch, dass die Menschen im Vorfeld einer Volksbefragung über entsprechende Informationen verfügen können. Beteiligung verlangt schließlich Information und deswegen braucht Bayern auch dringend ein Informationsfreiheitsgesetz.

In diesem Zusammenhang benötigen die Menschen den Zugang zu allen amtlichen Informationen bei Behörden des Bundes – und eben auch des Freistaats Bayern. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger umfassend über alle Themen informieren und dann entscheiden können. ■

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher

Rückblick: Wahl des Bundespräsidenten

Ein Zeichen für mehr direkte Demokratie

Bei der diesjährigen Bundesversammlung sind die FREIEN WÄHLER erstmals mit einem eigenen Kandidaten angetreten. Wir haben den Juristen, Kommunalpolitiker und bundesweit bekannten Fernsehrichter Alexander Hold für das höchste Staatsamt nominiert und damit einen äußerst respektablen Vertreter der liberal-bürgerlichen Mitte für das höchste Amt Deutschlands aufgeboten. Das erzielte Wahlergebnis ist sehr erfreulich: Hold konnte neben den elf Stimmen der FREIEN WÄHLER bei der Bundesversammlung noch 14 weitere aus anderen politischen Lagern auf sich vereinigen und kam somit auf ein Ergebnis von 25 Stimmen.

„Alexander Hold hat in zahlreichen Interviews, Talkrunden und vor allem im direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern überzeugend für mehr Vertrauen in die Politik, unseren Rechtsstaat und auch für mehr direkte Demokratie in Deutschland geworben."

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Den langfristigen Erfolg, den Alexander Hold mit seiner Kandidatur für die Demokratie erzielt hat, ist nach meiner Einschätzung heute noch gar nicht abzusehen. Als FREIE WÄHLER treten wir seit langem für mehr direkte Demokratie ein. Wir halten die Zeit für gekommen, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl des Bundespräsidenten nicht länger nur Zaungast sind, sondern selbst wählen dürfen. Unsere Demokratie ist stark genug für mehr Bürgermitsprache.

„Wenn die Diskussion über mehr direkte Demokratie in Deutschland nun Auftrieb erhält, dann haben wir FREIE WÄHLER Deutschland einen guten Dienst erwiesen."

Alexander Hold

Der nächste Bundespräsident sollte daher direkt vom Volk gewählt werden – so bekämpfen wir auch die grassierende Politikverdrossenheit. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen und insbesondere von der Möglichkeit, dass die Menschen zwischen mehreren Kandidaten für ein Amt wählen können. Bei der Wahl von Frank-Walter Steinmeier mussten die Bürger letztlich den Eindruck gewinnen, dass das höchste Amt im Staat von den Vorsitzenden der großen Parteien im Alleingang vergeben wird. Das halten wir FREIE WÄHLER für ein fatales Signal.

In zahlreichen Veranstaltungen gemeinsam mit Alexander Hold habe ich immer wieder die breite Zustimmung der Menschen zu unserem Kandidaten erfahren und das Vertrauen, das er in der Bevölkerung genießt.

Frank-Walter Steinmeier wünsche ich viel Kraft und Erfolg für sein verantwortungsvolles Amt. Denn das wird er angesichts der wachsenden Spaltung und sozialen Ungleichheit in der Bevölkerung dringend brauchen.

„Das durchweg positive Echo auf die Kandidatur Alexander Holds hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass sich die FREIEN WÄHLER über die kommunale Ebene hinaus engagieren."

Ulrike Müller, Europaabgeordnete der FREIEN WÄHLER

Als FREIE WÄHLER werden wir uns weiterhin gegen eine wachsende Politikverdrossenheit einsetzen und dafür kämpfen, dass die Menschen durch mehr Möglichkeiten direkter Demokratie das Vertrauen in die Politik zurückgewinnen. Mit Holds Kandidatur haben wir die öffentliche Diskussion dauerhaft angestoßen. ■

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Vor der Zusammenkunft der Bundesversammlung demonstrierten die FREIEN WÄHLER dafür, den nächsten Bundespräsidenten durch das Volk wählen zu lassen.

Auch diese beiden jungen Berlinerinnen votieren für die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk.

Impressionen aus der Bundeshauptstadt Berlin

Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger und Alexander Hold mit Vertretern der Jungen FREIEN WÄHLER (oben).

Vor der Wahl: unsere Wahlleute mit Alexander Hold und Hubert Aiwanger im Paul-Löbe-Haus (rechts).

Aspekte unseres Sicherheitskonzepts:

- Personalaufstockung der Polizei
- Feststellung der Identität sämtlicher Asylbewerber und Flüchtlinge
- Besserer Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden
- Störungen der Arbeit der Sicherheitskräfte auch durch Falschmeldungen in den sozialen Medien härter bestrafen
- Mehr Richter zur schnelleren Bewältigung der asylrechtlichen Verfahren
- Konsequentere Rückführung sowie eine flächendeckende Förderung der freiwilligen Rückkehr

Das Sicherheitskonzept der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Mehr Sicherheit durch Konsequenz und Kooperation

Sicherheit ist ein berechtigtes Grundbedürfnis der Bürger. Die schrecklichen Vorfälle in Ansbach, Würzburg, München, Georgensgmünd und zuletzt in Berlin haben unser Land erschüttert, und viele Menschen haben das Gefühl, dass die Sicherheitslage in Deutschland und auch in Bayern verbessert werden muss.

„Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir Gesellschaft und Staat besser vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen schützen, warnen aber vor blindem Aktionismus. Wir setzen vielmehr vorrangig auf die konsequente Anwendung geltenden Rechts, denn dieses wird derzeit nicht ausreichend umgesetzt."

So kamen mittlerweile schätzungsweise 300.000 Menschen illegal in unser Land, und auch die Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dauern nach wie vor unnötig lange. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir daher, dass die bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen endlich voll ausgeschöpft werden.

Das allein ist aber sicher nicht ausreichend. Wir brauchen außerdem mehr personelle Ressourcen. Hier sehen wir in erster Linie einen Bedarf an mehr Richtern zur schnelleren Bewältigung der asylrechtlichen Verfahren und eine mittelfristige Aufstockung der Polizei auf 45.000 Stellen. Daneben brauchen wir aber auch eine bessere Verteilung der Polizei in der Fläche und eine personelle Stärkung der Verwaltung. Um wirksam agieren zu können, benötigen unsere Sicherheitsbehörden auch endlich ausreichende Befugnisse, z. B. durch eine punktuelle, aber bedarfsorientierte Ausweitung der Videoüberwachung und eine verfassungskonforme Vorratsdatenspeicherung.

„Ein weiterer wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit besteht darin, tätliche Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte und Störungen ihrer Arbeit, z. B. auch durch Falschmeldungen in den sozialen Medien, umfassender und härter zu bestrafen."

Eine Zentralisierung der Polizei und der Geheimdienste halten wir dagegen für nicht zielführend. Stattdessen plädieren wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion dafür, den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander deutlich zu verbessern. Die Arbeit der Beamten darf nicht länger durch inkompatible Software und umständliche Verfahren behindert werden. Hier besteht nach wie vor bayern-, bundes- und europaweit ein enormer Nachholbedarf.

Solange der EU-Außengrenzschutz nicht funktioniert, müssen außerdem wirksame Binnengrenzkontrollen durchgeführt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Identität sämtlicher Asylbewerber und Flüchtlinge festgestellt wird und sich ein Fall wie der von Anis Amri nicht wiederholt. Der Berliner Attentäter verfügte über 14 Identitäten und ist damit wohl kein Einzelfall. Auch die Schleierfahndung muss sowohl in Bayern als auch in anderen Bundesländern deutlich ausgebaut werden. Dies haben wir bereits wiederholt gefordert.

Wir plädieren für eine restriktivere Vergabe von Duldungen, eine konsequentere Rückführung und eine flächendeckende Förderung der freiwilligen Rückkehr. Insgesamt wollen wir die Zahl der Rückführungen ausreisepflichtiger Ausländer erhöhen. Wir wollen auch die Liste sicherer Herkunftsstaaten ausweiten und Rückführungsabkommen abschließen. Bei einer verweigerten Rücknahme soll es nach unseren Vorstellungen künftig möglich sein, Entwicklungsgelder zu streichen. ■

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

„Angesichts immer strengerer Kreditvorschriften können wir so vor allem junge Familien unterstützen, die Wohneigentum erwerben wollen."

Baukindergeld

Wirksame Hilfe für junge Familien

Laut Expertenaussage ist Wohneigentum eine der besten Vorsorgemaßnahmen gegen drohende Altersarmut. Dennoch liegt die Wohneigentumsquote in Deutschland bei lediglich 51,9 Prozent. Europaweit hat nur die Schweiz eine noch niedrigere Quote. Gerade jungen Familien wird derzeit der Erwerb von Wohneigentum durch immer strengere Kreditvorschriften seitens der Europäischen Union noch schwerer gemacht. Höchste Zeit also, hier gegenzusteuern und junge Familien stärker zu unterstützen.

Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir deshalb ein Baukindergeld von 20.000 Euro pro Kind gefordert – verteilt über zehn Jahre. Junge Familien würden somit 2.000 Euro pro Jahr für jedes Kind erhalten, wenn sie selbst bauen oder sich eine Wohnung bzw. ein Haus kaufen. Eine Maßnahme, die unserer Meinung nach sowohl bau- als auch familienpolitisch sinnvoll und längst überfällig ist.

Bereits in seiner Regierungserklärung vom 28. September 2016 hat Ministerpräsident Seehofer im Bayerischen Landtag die Einführung eines Baukindergeldes angekündigt, passiert ist bislang allerdings noch nichts. Dabei stehen auch die Koalitionspartner CDU und SPD einem Baukindergeld positiv gegenüber, sodass seiner Einführung noch vor der Bundestagswahl im kommenden Herbst eigentlich nichts im Weg stehen dürfte. Wäre es der Union wirklich ernst mit dem Thema, hätte sie es also längst durchsetzen und einführen können. Bislang sieht es leider so aus, als sei die CSU-Forderung lediglich eine Wahlkampf-Blendgranate und der Ruf nach einer Neuauflage des Baukindergeldes nur eine leere Forderung im Zuge des aufflammenden Bundestagswahlkampfes. Leidtragende wären die jungen Familien. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion nehmen wir diese Verzögerungs- und Hinhaltetaktik nicht hin und zwingen die CSU, endlich Farbe zu bekennen. ■

Thorsten Glauber, MdL
Baupolitischer Sprecher

Finanzpolitik

Unsere Finanz- und Steuerpolitik trägt Früchte!

Leise, still und heimlich kommen jedes Jahr Mehrbelastungen auf viele Steuerzahler zu. Konkret geht es um verschiedene Pauschalen und Freibeträge im Einkommensteuergesetz (EStG) sowie um Einkommensgrenzen im Fünften Vermögensbildungsgesetz (VermBG) und Wohnungsbau-Prämiengesetz (WoPG).

Die verschiedenen Pauschalen und Freibeträge sorgen dafür, dass die Bemessungsgrundlage im jeweiligen Veranlagungszeitraum – mithin das zu versteuernde Einkommen – vermindert und dadurch die Steuerlast reduziert wird. So weit die gute Nachricht. Doch es gibt auch einen Haken: Viele Pauschalen, Freibeträge und Einkommensgrenzen sind seit Jahren oder sogar Jahrzehnten nicht mehr an das aktuelle Preisniveau angepasst worden. So liegt die Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter wie beispielsweise die Anschaffung eines Computers, die der Steuerzahler sofort im Jahr der Anschaffung abschreiben kann, seit 50 Jahren unverändert bei 410 Euro. Hätte der Gesetzgeber lediglich die aufgelaufene historische Inflation ausgeglichen, so müsste im EStG ein Betrag von rund 1.600 Euro stehen – folglich das Vierfache des tatsächlichen Werts.

Ebenfalls müsste die Entfernungspauschale rein inflationsbedingt von derzeit 30 Cent je Kilometer auf mindestens 36 Cent angehoben werden. Der Ausbildungsfreibetrag für ein auswärtig untergebrachtes volljähriges Kind müsste von derzeit 924 Euro inflationsbereinigt auf 1.070 Euro jährlich steigen.

Erfolgreich waren wir mit einem Antrag gegen die Überregulierung im deutschen Bankensektor. Wir wollen, dass die spezifischen Gegebenheiten des deutschen Bankensystems mit Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Landesbanken, Förderbanken, öffentlichen und privaten Bausparkassen sowie Spezialinstituten bei der geplanten Revision der europäischen Vorschriften zur Bankenregulierung angemessen berücksichtigt werden. Gerade diese Banken sind das Rückgrat unseres Mittelstands. Die derzeitige Überarbeitung der Finanzmarktregelungen (Basel IV) darf nicht dazu führen, dass die Kapitalanforderungen an unsere Banken noch einmal steigen und die Regulierung damit über das Ziel hinausschießt. ■

Alexander Muthmann, MdL
Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

„Wir haben in einem Antrag gefordert, dass sich die Staatsregierung im Rahmen eines schlüssigen Steuerreformkonzepts auf Bundesebene auch dafür einsetzt, die Pauschalen, Frei- und Höchstbeträge anzupassen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen."

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

„FREIE WÄHLER Show“ zum Erhalt kommunaler Frei- und Hallenbäder

Immer häufiger kommt es vor, dass der Schwimmunterricht in der Schule ausfallen muss, weil es in der Nähe kein Schwimmbad mehr gibt.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns daher schon seit vielen Jahren vehement für den Erhalt der kommunalen Frei- und Hallenbäder ein. Wir wissen genau, dass dies ohne staatliche Unterstützung nicht zu schaffen ist, und haben daher schon mehrfach Anträge und Haushaltsanträge zur Unterstützung unserer Kommunen gestellt – bislang leider vergeblich.

Nun hat ein FREIE WÄHLER Bürgermeister aus Unterfranken das Thema mittels einer Petition erneut auf die Tagesordnung gebracht. In der von 1.050 Bürgern unterstützten Eingabe hat er gefordert, dass die Staatsregierung die Kommunen als Betreiber der Frei- und Hallenbäder unterstützen muss, und dazu ein eigenes Konzept vorgestellt.

Die CSU hat die Eingabe im Ausschuss als „FREIE WÄHLER Show“ bezeichnet und erwartungsgemäß abgelehnt. Aus unserer Sicht geht es hier aber um etwas ganz anderes, nämlich um Politik für die Menschen in ganz Bayern. Wenn man dies als „FREIE WÄHLER Show“ bezeichnet, dann sehe ich das als nicht als Kritik, sondern als Auszeichnung für die Arbeit, die wir Abgeordneten und alle FREIE WÄHLER Kommunalpolitiker in ganz Bayern leisten.

Die CSU wäre gut beraten gewesen, sich mit dem Kern des Problems zu beschäftigen. Denn Freizeiteinrichtungen wie Frei- und Hallenbäder sind ein wichtiger Standortfaktor, wenn es darum geht, Familien im ländlichen Raum anzusiedeln. Ohne kommunale Frei- und Hallenbäder wird zudem auch ein flächendeckender Schwimmunterricht, wie ihn der Lehrplan vorsieht, nicht durchführbar sein. Welche Gefahren dies für die Kinder hat, lesen wir jeden Sommer in den Zeitungen, wenn wieder zahlreiche Menschen in den bayerischen Gewässern ertrinken. Wir müssen hier schnellstmöglich handeln!

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion werden wir das Thema trotz der erneuten Ablehnung durch die CSU weiter verfolgen. Nur wenn wir unseren Kommunen bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen, werden wir dem Auftrag gerecht, den der Wähler uns erteilt hat. ■

„Freizeiteinrichtungen wie Frei- und Hallenbäder sind ein wichtiger Standortfaktor.“

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

„Es hat mich überrascht, wie fröhlich, diszipliniert und ehrgeizig die Sportler sind." Bernhard Pohl, MdL

„Es war ein sehr eindrucksvoller und auch informativer Vormittag. Viele Bewohner haben mir von ihrem Leben erzählt und natürlich auch von ihrem Leben im Heim. Alle fühlen sich dort erkennbar wohl."
Alexander Muthmann, MdL

Aktion Rollentausch

„Ein sehr bereichernder Tag"

Unter dem Motto „Rollentausch" luden soziale Einrichtungen in Bayern vom 14. bis 20. November 2016 für einen oder mehrere Tage (oder zumindest mehrere Stunden) Gäste ein, eine soziale Einrichtung zu besuchen und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten „mitzuarbeiten". Viele unserer Abgeordneten haben auch diesmal das Angebot genutzt, sich auf diese ganz besondere Art und Weise zu engagieren und die personellen, finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der sozialen Dienste hautnah kennen zu lernen. Eindrücke aus den ganz unterschiedlichen Aktivitäten rund um die sozialen Dienste sehen Sie hier.

„Kinder zu erziehen ist eine schöne, aber vor allem eine anspruchsvolle Aufgabe, die hier im Haus vollumfänglich erfüllt wird!", so das Fazit unseres Fraktionsvorsitzenden **Hubert Aiwanger** nach seinem Besuch im Kindergarten in Rottenburg.

„Ich bin sehr gerne hier, um den notwendigen Praxisbezug zu bekommen."

Hans Jürgen Fahn, MdL, Mitglied im Sozialausschuss

MdL **Gabi Schmidt** engagierte sich in der schulvorbereitenden Einrichtung der Franziskus-Schule in Bad Windsheim.

Unser Parlamentarischer Geschäftsführer **Florian Streibl** entschied sich für Küchendienst bei den Oberland Werkstätten in Geretsried, die erst kürzlich mit dem Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet worden waren. Die Werkstätten bieten Arbeitsplätze für 125 Menschen mit Behinderung.

Alexander Muthmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, besuchte das Seniorenheim St. Gisela in Waldkirchen.

Im Alter eigenständig zu sein und zu wohnen ist der Wunsch vieler Senioren. Doch das selbstständige Wohnen im Alter ist meist an Voraussetzungen geknüpft. Neben der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum spielen dabei eine altersgerechte, möglichst barrierefreie Umgebung, gut erreichbare Nahversorgungsmöglichkeiten und eventuell vorhandene Betreuungsangebote eine große Rolle. All diese Voraussetzungen erfüllt die Altenwohnanlage am Münchner Kolumbusplatz, die der Münchner Abgeordnete **Prof. Dr. Michael Piazolo** im Rahmen der Aktion Rollentausch der Freien Wohlfahrtspflege besuchen durfte.

Bernhard Pohl entschied sich für eine sportliche Herausforderung. Das gemeinsame, anspruchsvolle Training im Parkstadion Kaufbeuren mit der zehnköpfigen Special-

„Ich habe viel gelernt und weiß jetzt wirklich, was in der Asylhilfe vor Ort passiert und geleistet wird." Eva Gottstein, MdL

„Es ist gut, dass durch die Tafelläden auch weniger Lebensmittel weggeworfen werden."
Dr. Leopold Herz, MdL

Gabi Schmidt zu Besuch in der Franziskus-Schule in Bad Windsheim. Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger im Kindergarten in Rottenburg.

Olympics-Sportgruppe der Wertachtal Werkstätten unter Leitung des Sportkoordinators Markus Reichart forderte dem Politiker einiges ab.

In Kleinwallstadt verschaffte sich MdL **Dr. Hans Jürgen Fahn** vor Ort ein Bild vom Modellprojekt „Pflege mit SIStem." Dabei geht es um eine völlige Neuausrichtung der Pflegedokumentation.

Eva Gottstein besuchte ein Treffen mit dem Asylhelferkreis Pietenfeld und bekam dort einen Einblick in die umfangreiche ehrenamtliche Arbeit der Bürgerinnen und Bürger. Die Pietenfelder Asylhelfer haben sich in verschiedenen Arbeitsgruppen organisiert: Orientierung und Lebenspraxis, Sprache, Familien, Ämter und Behörden, Arbeit, Mobilität, Gesundheit und anderes mehr.

Dr. Leopold Herz hat im Lindenberger Tafelladen vorbeigeschaut. Vom Warenabholen bei den Supermärkten in der Region über das Sortieren der Lebensmittel bis hin zum Kontakt mit den Kunden im Geschäft hat Herz die Abläufe des Geschäfts kennengelernt. ■

„Der Vormittag hat mir gezeigt, wie wichtig professionelle Betreuungsangebote besonders für alleinstehende ältere Menschen sind. Neben der Pflege, in der viel zu wenig Zeit für die einzelnen Personen bleibt, ist eine zusätzliche Betreuung ein unbezahlbarer Mehrwert."
Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

„Dieser Tag war sehr bereichernd, man spürt die Fröhlichkeit und ehrliche Offenheit der Menschen, die unvoreingenommen auf einen zugehen. Für mich sind die Oberland Werkstätten eine vorbildliche Einrichtung. Denn ‚den Wert einer Gesellschaft kann man auch daran messen, wie sie mit ihrem schwächsten Glied, in dem Fall Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf, umgeht'." Florian Streibl, MdL

Pflegenotstand in Bayern

Effektive Kontrollen für eine menschenwürdige Pflege!

Traurig, aber wahr: Missstände in Pflegeheimen gehören in unserem wohlhabenden Land Bayern leider zur Realität. Ganz offensichtlich reichen die bisherigen Kontrollmechanismen an vielen Stellen nicht aus, um eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten. Um dieser Misere abzuhelfen, brauchen wir wirksame und umfassende Maßnahmen, d. h. eine grundlegende Reform der Kontrollen im Pflegebereich durch die Heimaufsicht, die Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK).

Vertraut man den Aussagen der Staatsregierung, so gibt es keinen Verbesserungsbedarf bei der Kooperation von MDK und FQA. Diese Einschätzung können wir als FREIE WÄHLER überhaupt nicht teilen. Unsere Forderung lautet: Nur wenn die beteiligten Kontrollorgane enger zusammenarbeiten, sind Verbesserungen möglich.

„Eine effektive Kontrolle von Pflegeheimen muss sicherstellen, dass die Bewohner auf hohem Niveau und dem pflegewissenschaftlichen Erkenntnisstand entsprechend menschlich gepflegt werden.
Dazu reichen die bisherigen Kriterien ganz offensichtlich nicht aus."

Erst vor wenigen Monaten wurde wieder ein erschütternder Fall bekannt: Im Seniorenheim Schloss Gleusdorf im Landkreis Haßberge soll es sogar zu Todesfällen infolge unterlassener medizinischer Behandlung gekommen sein. Dabei hatte die Einrichtung bei einer Prüfung, die kurz vor dem Bekanntwerden der Missstände stattfand, noch die Note 1,7 erhalten! Dieser Fall zeigt, wie wenig aussagekräftig die derzeitigen Bewertungen sind.

Wir wollen deshalb, dass der sogenannte Pflege-TÜV neu gefasst wird. Er muss so gestaltet werden, dass sich Patienten, Angehörige und alle Beteiligten anhand der darin enthaltenen Informationen tatsächlich ein aussagekräftiges Bild von einem Pflegeheim machen können.

Durch die Reform der Pflegeheimprüfung muss vor allem auch sichergestellt werden, dass kritisch geprüft, beanstandete Mängel zeitnah behoben oder mit Sanktionen belegt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass bei Pflegeprüfungen über Jahre hinweg immer wieder gute Noten verteilt werden, obwohl nach wie vor gravierende Mängel bestehen.

Dass die CSU sich jetzt gegen den „Pflege-TÜV" ausspricht, über den die zuständige Sozialministerin Christine Haderthauer bei seiner Einführung 2009 kein Wort der Kritik verloren hat, zeigt ein klares Bild vom unzuverlässigen Politikstil der CSU. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher

Drohnenverordnung des Bundesverkehrsministers

Drohnen – die unterschätzte Gefahr

+++ 1. Oktober 2016: Im Luftraum über dem Flughafen München näherte sich eine Drohne bis auf 50 Meter einem Passagierflugzeug. Beinahe wäre es zu einer Kollision gekommen! +++

Mit der wachsenden Zahl von Nutzern unbemannter Luftfahrzeuge nehmen auch die Gefährdungen des Luftverkehrs deutlich zu. Die Anzahl von derzeit 400.000 Drohnen wird sich bereits in den nächsten Jahren deutschlandweit auf eine Million erhöhen und damit auch die Gefährdungen, die von ihnen ausgehen.

„Eine standardisierte Ausbildung der Drohnenpiloten in Theorie und Praxis an einem festen Schulungsort ist unumgänglich."

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat im November 2015 die Initiative ergriffen und mit einem Dringlichkeitsantrag, der vom Bayerischen Landtag einstimmig gebilligt wurde, den Startschuss für einen Drohnenführerschein gegeben. Bundesverkehrsminister Dobrindt hat unsere bayerische Initiative aufgegriffen und eine Drohnenverordnung in Kraft gesetzt.

Diese Verordnung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, geht aber nicht weit genug. Deshalb hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verschärfung einzusetzen. Unser Antrag sieht eine standardisierte Ausbildung in Theorie und Praxis an einem festen Schulungsort, eine elektronische Kennzeichnungspflicht, wirkungsvolle Sanktionen bei Pflichtverstößen und eine Reduzierung der Gültigkeitsdauer der Fluglizenzen von zehn auf drei Jahre vor.

Die steigenden Gefahren werden den Handlungsdruck auf die Politik erhöhen. Es wird daher bei der Ausbildung und Lizenzierung von Drohnenpiloten in den nächsten Jahren erhebliche Verschärfungen geben. Geben wir dem Drohnenpiloten, der jetzt seine Zulassung bekommt, aber einen zehnjährigen Bestandsschutz für seine Lizenz, werden wir in wenigen Jahren immense Probleme bekommen. Wir werden dann gleichzeitig gut ausgebildete Drohnenpiloten haben, aber eben auch Luftverkehrsteilnehmer, die aufgrund des alten Rechts nicht ansatzweise den Anforderungen des Luftverkehrs gerecht werden können. Das führt absehbar zu gewaltigen Problemen im Luftraum. Dem wollten wir durch unseren Dringlichkeitsantrag rechtzeitig begegnen.

Leider wurde unser Vorstoß im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags mit den Stimmen der CSU-Mehrheit abgelehnt. Sie hofft stattdessen auf die Europäische Union. Wir meinen: Der Bund muss seine Handlungsspielräume konsequent nutzen und selbst tätig werden! ■

Bernhard Pohl, MdL
Abgeordneter aus Kaufbeuren

Flüchtlingspolitik

Wer zahlt für junge unbegleitete Flüchtlinge?

Viele der jungen Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind traumatisiert. Aufgrund ihrer Fluchterfahrungen, aber auch damit ihre Integration, z. B. in den Arbeitsmarkt, dauerhaft gelingt, benötigt ein Teil von ihnen auch nach Erreichen der Volljährigkeit die Hilfe der Jugendämter. Dies ist besonders hinsichtlich der Präventionsarbeit gegenüber religiösem Extremismus unerlässlich.

Für unbegleitete Flüchtlinge unter 18 Jahren, also Minderjährige, übernimmt der Freistaat die Kosten für die Unterbringung und Betreuung. Das ändert sich jedoch schlagartig, wenn das 18. Lebensjahr vollendet ist. Benötigt ein gerade volljährig Gewordener trotzdem auch weiterhin eine gewisse Betreuung, muss dann die kommunale Ebene für die Kosten aufkommen. Bereits im Mai vergangenen Jahres beklagte der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen deutlichen Anstieg der Aufwendungen für junge Flüchtlinge.

Die bayerischen Kommunen sind dabei besonders betroffen. Von den 1.326 betreuten jungen Flüchtlingen im Bezirk Mittelfranken etwa waren 332, also 25 Prozent, volljährig. Im Bezirk Oberpfalz waren es im September vergangenen Jahres 222. Auf die kommunale Ebene kamen in diesem Zusammenhang also deutliche Mehrkosten zu. Der schwäbische Bezirkstag verfasste diesbezüglich sogar einen Brandbrief an Ministerpräsident Seehofer, in dem er eine komplette Kostenübernahme forderte. Auf diesen Druck hin hat die Staatsregierung zwar inzwischen nachgebessert und will in den Jahren 2017 und 2018 den Bezirken in Form von Pauschalen einen Teil der Jugendhilfekosten der jungen Volljährigen erstatten. Doch ist diese Regelung aus unserer Sicht nicht ausreichend.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion verstehen wir uns als Anwalt der Kommunen und verlangen eine komplette Kostenübernahme seitens des Freistaats. Wir fordern die Staatsregierung außerdem auf, schnellstmöglich ein Konzept zu erarbeiten, wie sowohl unbegleitete minderjährige als auch junge volljährige Flüchtlinge abseits der klassischen Kinder- und Jugendhilfe adäquate Unterstützung erfahren und in ihrer besonderen Situation fachmännisch betreut werden können. Damit dieses Konzept auch tatsächlich praxistauglich gestaltet ist,

Bereits im Mai vergangenen Jahres beklagte der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen deutlichen Anstieg der Aufwendungen für junge Flüchtlinge.

fordern wir die Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Flüchtlingspolitischer Sprecher

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Für unsere heimischen Wälder

Holzwirtschaft ist aktiver Umweltschutz

Seit Jahrhunderten ist Holz als Roh- und Baustoff bekannt. Die Vorzüge sind vielseitig. Holz ist zudem ein nachhaltiges Produkt. Man könnte sogar sagen, Holz ist das nachhaltige Produkt schlechthin. Denn bereits im 18. Jahrhundert prägte Carl von Carlowitz ausgehend von der Forstwirtschaft den Nachhaltigkeitsgedanken. Im ländlichen Raum spielt Holz als heimischer, nachwachsender Rohstoff nach wie vor eine bedeutende Rolle.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir uns daher seit unserem Einzug in den Bayerischen Landtag diesem Thema immer mit großem Engagement gewidmet.

Wir wollen die Wertigkeit von Holz wieder deutlich mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Denn speziell im Hinblick auf Herausforderungen wie Umweltschutz und Klimawandel ist der Rohstoff Holz von unschätzbarem Wert. Es weist unter diesem Gesichtspunkt deutlich bessere Werte bei der grauen Energie auf als andere Baumaterialien wie etwa Beton oder Stahl.

Bayern ist deutschlandweit das Waldland Nummer eins. 2,5 Mio. Hektar Wald und rund eine Milliarde Kubikmeter Holzvorrat gibt es in unserem Land. Damit generiert der wertvolle Rohstoff auch zahlreiche Arbeitsplätze: Über 200.000 Menschen in Bayern arbeiten in der Forstwirtschaft und in der verarbeitenden Holzindustrie.

Ein wichtiges Anliegen der FREIEN WÄHLER ist es auch, den Bergwald intensiv zu unterstützen, denn dieser ist wie kaum ein anderes Forstgebiet vom Klimawandel betroffen. Wir fordern daher, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die „Bergwaldoffensive“ (BWO) auch in Zukunft erfolgreich und langfristig fortgesetzt und ausgebaut werden kann. Die Anpassung der Wälder an den Klimawandel ist in den kommenden Jahren eine große Herausforderung und für die Zukunft der Wälder mitentscheidend. Durch erhöhte Temperaturen und geringere Niederschläge werden die Bergwälder vermehrt Gefahren wie Waldbränden und Schadorganismen-Befall ausgesetzt sein. Ihre Zukunft wird also davon abhängen, wie gut sie an den Klimawandel angepasst sind. ■

„Unser Credo lautet:
Schützen durch Nützen.“

Dr. Leopold Herz, MdL
Forstpolitischer Sprecher

Tierschutz

Stopp dem illegalen Welpenhandel!

Das Geschäft mit den Hundewelpen aus Osteuropa boomt. Wie viel Leid, Betrug und Korruption sich dahinter verbergen, ahnt jedoch kaum jemand.

Seit Wiedereinführung der Grenzkontrollen stoppen die Behörden in Bayern regelmäßig illegale Tiertransporte. Fast wöchentlich wird irgendwo ein Fahrzeug voller wehrloser Welpen entdeckt. Vor allem Hundewelpen aus Osteuropa werden über die Grenzen geschmuggelt – oft in völlig verwahrlostem Zustand.

Bislang gelten diese ungenehmigten Welpentransporte allerdings lediglich als Ordnungswidrigkeit. Allein im ersten Halbjahr 2016 sind mehr als 350 Welpen bei Kontrollen entdeckt und an Tierheime weitergegeben worden – mehr als im gesamten Jahr 2015. Das damit verbundene Bußgeld zwischen 5.000 und 25.000 Euro reicht ganz offensichtlich nicht aus, um verantwortungslose Tierhändler abzuschrecken.

Die Unterbringung und medizinische Versorgung der beschlagnahmten Tiere kostet viel Geld. Pro Welpen kommen schnell 1.500 Euro an Kosten für Tierarzt, Betreuung und die Unterbringung in Quarantäne zusammen. Je nach Anzahl und Gesundheitszustand der Tiere können die Aufwendungen bei einzelnen Fällen so in die Hunderttausende Euro gehen. Damit sind sowohl die Tierheime überfordert wie auch die Landkreise in Grenznähe, die sich mit vielen illegalen Transporten konfrontiert sehen. Nach unseren Vorstellungen soll sich die Staatsregierung künftig an den Kosten beteiligen. Unser entsprechender Antrag zum Doppelhaushalt sah vor, ein Härtefallbudget von jährlich einer Million Euro bereitzustellen, aus dem Kommunen in Tierschutznotfällen unterstützt werden. Dazu zählen auch Fälle von „Animal Hoarding“, dem krankhaften Sammeln von Tieren. Diesen Antrag hat die CSU-Mehrheit leider abgelehnt. ■

Benno Zierer, MdL
Umweltpolitischer Sprecher

„Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir härtere Sanktionen gegen ungenehmigte Welpentransporte. Wir fordern die Staatsregierung auf, sich im Bund dafür einzusetzen, dass illegaler Welpenhandel als Straftatbestand in das Tierschutzgesetz aufgenommen. Nur dann sind härtere Strafen für solch skrupellose Tierhändler möglich.“

Tag der offenen Tür im Bayerischen Landtag

Das wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger

Welche Wünsche und Erwartungen haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger an die Politik? Als FREIE WÄHLER stellen wir diese Frage bei zahlreichen Veranstaltungen und Messeauftritten in ganz Bayern. Auch am Tag der offenen Tür im Bayerischen Landtag wollten wir im direkten Gespräch mit den vielen Gästen mehr darüber erfahren. Außerdem konnten uns die Besucher ihre Wünsche auf vorbereiteten „Wunschzetteln“ mitteilen. Die Resonanz war groß.

„Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion nehmen wir die Wünsche der Menschen ernst und stehen für eine nachhaltige und bürgernahe Politik.“

Mehr Volksbegehren und Transparenz, weniger Einfluss von Lobbyisten und die Direktwahl des Bundespräsidenten lauteten wichtige Forderungen. Das zeigte uns einmal mehr, dass wir mit unserer Politik richtig liegen. Denn seit unserem Einzug in den Landtag treten wir genau für diese Forderungen ein. Ein weiterer Wunsch war die stärkere Förderung von Handwerk und Mittelstand. Auch dafür machen sich die FREIEN WÄHLER seit langem stark und haben entsprechende Anträge eingebracht.

„Im Bildungsbereich wünschen sich Eltern, Lehrer und Schüler endlich Klarheit und wollen, wie von uns gefordert, ein flächendeckendes neunjähriges Gymnasium. Dazu haben wir mit unserem Volksbegehren die Tür geöffnet.“

Ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger lehnt die dritte Startbahn am Münchener Flughafen nach wie vor ab. Als FREIE WÄHLER unterstützen wir dies und fordern von den politisch Verantwortlichen endlich eine dementsprechende Entscheidung und ein Ende des bisherigen Schlingerkurses.

„Wir brauchen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern.“

Ein weiteres Thema, das den Menschen vor allem in Ballungsräumen auf den Nägeln brennt, ist der Wohnungsmangel. ■

FRAKTION

FREIE WÄHLER

Interview

Vizepräsident Peter Meyer erhält Verfassungsmedaille in Silber

Das bayerische Parlament ehrt mit der Verfassungsmedaille Bürgerinnen und Bürger, die in herausragender Weise zum Zusammenhalt der Menschen in Bayern beitragen und sich aktiv für die Werte der bayerischen Verfassung einsetzen. Vor wenigen Monaten erhielt unser Fraktionsmitglied und Landtagsvizepräsident Peter Meyer diese Auszeichnung in Silber. Damit würdigt der Bayerische Landtag Peter Meyers langjähriges politisches Engagement für den Freistaat.

Herr Meyer, in der offiziellen Würdigung wird hervorgehoben, dass Sie sich insbesondere für Kommunen einsetzen, damit diese mit einer entsprechenden Infrastruktur die Daseinsvorsorge der Menschen auf dem Land sicherstellen können. Seit wann engagieren Sie sich schon in der Kommunalpolitik? Gab es einen konkreten Auslöser für Ihr Engagement?

Seit 1995 setze ich mich in der Kommunalpolitik ein. Damals bin ich bewusst den FREIEN WÄHLERN beigetreten, weil ich nicht parteipolitisch gebunden sein wollte. Mein Interesse an der Kommunalpolitik hat sich durch meine Tätigkeit in der Verwaltung und beim Verwaltungsgericht Bayreuth sehr schnell entwickelt, da ich dort ganz selbstverständlich mit vielen kommunalpolitischen Themen beschäftigt war. Als wir schließlich aufs Land gezogen sind, habe ich den Entschluss gefasst, mich dann auch zu engagieren.

Am 9. Dezember 2016 überreichte Landtagspräsidentin Barbara Stamm die Verfassungsmedaille an Peter Meyer, MdL.

Welchen Stellenwert messen Sie der Kommunalpolitik bei?

Einen sehr hohen. Kommunalpolitik ist Basis pur. Hier wird das alltägliche Leben geregelt und mitgestaltet, um die Gesellschaft zusammenzuhalten. Hier gilt es, das gemeinsam praxisgerecht umzusetzen, was wir Landtagsabgeordnete fernab diskutiert und in Gesetze gegossen haben.

Sie sind bereits seit 2008 als Abgeordneter der FREIEN WÄHLER im Landtag aktiv. Was hat Sie dazu bewogen, für den Landtag zu kandidieren?

Ich war von Anfang an, also seit 1998, bei jeder Landtagswahl als Kandidat dabei. Die Diskussion 1996/97 im Landesverband, ob die FREIEN WÄHLER zur Landtagswahl antreten sollen oder nicht, war eine der spannendsten und interessantesten, die ich miterlebt habe. Ich kam sehr schnell zu der Überzeugung, dass wir FREIE WÄHLER nicht nur auf kommunalpolitischer Ebene tätig sein sollten.

Wo sehen Sie die größten Unterschiede zwischen Landespolitik und Kommunalpolitik?

Die Landespolitik muss natürlich eher das große Ganze sehen – die Zusammenhänge im Bund und die Beziehungen zu den Nachbarländern oder auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land sowie den Kommunen untereinander. Hinzu kommt auch unsere Rolle in der EU. Dagegen ist die Kommunalpolitik nicht zuletzt mit den örtlichen Befindlichkeiten und persönlichen Wünschen beschäftigt.

Abschließend noch eine persönliche Frage: Was bedeutet Ihnen die Auszeichnung mit der Verfassungsmedaille?

Ehrlich gesagt, überreiche ich lieber Medaillen, als sie selbst zu erhalten. Aber natürlich freue ich mich und bin stolz darauf. Ich sehe die Auszeichnung als Anerkennung meiner politischen und ehrenamtlichen Arbeit. ■

FRAKTION VOR ORT ...

... in Baudenbach/Mittelfranken

Die Sicherstellung der Wasserversorgung ist eine der wichtigsten Pflichtaufgaben von Staat und Kommunen. Vor dem Hintergrund massiver Investitionserfordernisse und der zunehmenden Trockenheit wird es für fränkische Kommunen aber immer schwieriger, eine gute Wasserqualität zu fairen Preisen zu gewährleisten. Gabi Schmidt, MdL, diskutierte mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern über das Spannungsfeld zwischen kommunaler Eigenwasser- und Fernwasserversorgung sowie Wasserschutzgebieten.

Die Teilnehmer der Diskussion waren (v. l. n. r.) Bürgermeister von Markt Baudenbach Wolfgang Schmidt, parteilos, Dr. Charly Masanetz, Ortsverband FREIE WÄHLER Baudenbach, Gabi Schmidt, MdL, Hermann Hugel, Referent, Interessengemeinschaft Kommunale Trinkwasserversorgung (IKT).

... auf der Grünen Woche in Berlin

Die Grüne Woche in Berlin ist alljährlich eine wunderbare Gelegenheit, mit wichtigen Verbandsvertretern aus Landwirtschaft und Ernährung ins Gespräch zu kommen. Auch dieses Jahr nahmen viele unserer Abgeordneten diesen wichtigen Termin wahr. Ein Rundgang durch die Bayernhalle darf dabei selbstverständlich nicht fehlen.

Unsere Abgeordneten Gabi Schmidt, Benno Zierer, Bernhard Pohl und Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger mit der Europaabgeordneten Ulrike Müller (2. von links), der Abensberger Spargelkönigin Corinna Limmer und der Allgäuer Käsesommelière Roswitha Boppeler.

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich engagiere mich …

… als Bürgeranwalt und Kümmerer für alle Menschen. Die Achtung eines jeden Einzelnen ist oberstes Gebot. Der mündige Bürger, das demokratische Selbstverständnis und die zunehmende Zivilcourage sind Errungenschaften der 68er-Bewegung, die mich dazu motivieren."

Johann Häusler

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie
Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Geboren am 3. Februar 1952

Geburtsort: Augsburg

Verheiratet, 3 Kinder

Beruf: Agrarökonom

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich …
… mir Informationen einholen und Hintergründe und Erwartungen abwägen. Die Notwendigkeit eines Gesetzes muss begründet und die daraus resultierenden Folgen müssen verantwortet werden.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich …
… meine Entscheidung an den damit verbundenen Herausforderungen orientieren. Ein großer Gestaltungsspielraum und eine weitgehende Entscheidungskompetenz sind für mich Voraussetzung dafür, mich engagiert einzubringen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich …
… ihnen mehr Mitspracherecht und Verantwortung übertragen. Wir müssen junge Menschen davon überzeugen, dass es Sinn macht, sich ins gesellschaftliche und politische Leben einzubringen. Ältere Politiker sollten sich zugunsten junger Wegbegleiter öfters zurücknehmen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich …
… einen Gleichklang von Information, Unterhaltung sowie gesellschaftlichen News und Events anstreben. Sport, Satire und im verträglichen Rahmen Talkshows, sollten das Programm bereichern.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich …
… ihm einen Besuch der Wallfahrtskirche in Biberbach empfehlen, wo schon Mozart Orgel spielte. Danach würde ich ihm die einzigartige Kulturlandschaft meiner Heimat zwischen Lech-, Schmutter- und Zusamtal zeigen. Dabei dürfte ein Besuch der Klöster Holzen und Thierhaupten ebenso wenig fehlen wie eine Besichtigung der Markter Burg und ein Bummel durch das idyllische Wertingen.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich …
… ihn ausschließlich meiner Familie widmen. Nach einem ausgiebigen Frühstück mit meiner Frau müssten meine Kinder und Enkel mit von der Partie sein. Oft gelingt uns das in der Sommerpause, wenn wir die Thierhauptener Festwoche besuchen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich …
… durch eine wechselseitige Verständigung zwischen den streitenden Kulturen sowohl den religiösen Fundamentalisten als auch politischen Extremisten von links und rechts den Wind aus den Segeln nehmen.

KURZ BERICHTET

Königliches Treffen

Die Frauen von heute sind selbstsicher und gut ausgebildet.

Trotzdem wird der Spagat zwischen Arbeit und Familie für sie nur möglich sein, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen wird und tragfähige Lösungen angeboten werden. Über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geringe Rente und drohende Altersarmut sowie das Rollenbild der Frau früher und heute diskutierte Eva Gottstein, frauenpolitische Sprecherin, bei der Veranstaltung „Bayerische Königinnen – früher und heute: zwischen Repräsentation und Emanzipation“ mit 30 Produktköniginnen aus ganz Bayern. Die bayerischen Königinnen werben im In- und Ausland für regionale Produkte und ihre Heimat. Sie überzeugen dabei nicht nur mit fundiertem Fachwissen, sondern auch mit gutem Aussehen und positiver Ausstrahlung – eben königlich! ■

Zahl des Quartals

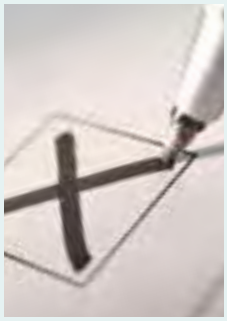
20.000

Euro Baukindergeld pro Kind für junge Familien. So lautet eine Forderung der FREIEN WÄHLER. Junge Familien sollen damit über zehn Jahre hinweg jährlich 2.000 Euro für jedes im Haushalt wohnende Kind beim Bau oder Erwerb selbst genutzten Wohnraums erhalten.

WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Montag, 23. Januar

Die FREIEN WÄHLER reichen eine **Interpellation zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** der Staatsregierung ein. Sie geht der Frage nach, was im Mittelpunkt der politischen Kommunikation und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung steht, welche Mittel dazu verwendet werden, ob die Mittel zweckorientiert und maßvoll eingesetzt werden und ob Ausstattungen der Staatsregierung für Parteizwecke genutzt werden.



Dienstag, 24. Januar

Mit einem Dringlichkeitsantrag fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene im Sinne einer stärkeren demokratischen Legitimation für eine **Direktwahl des Bundespräsidenten** einzusetzen. Eine Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk würde nicht nur dazu beitragen, dass sich die Bürger mit dem Bundespräsidenten über Parteigrenzen hinweg besser identifizieren könnten und ihn als eine Art „Bürgerpräsident“ wahrnehmen würden. Die Wahl durch das Volk wäre auch ein geeignetes Mittel, um die wachsende Distanz zwischen den Bürgern und dem parlamentarisch-demokratisch verfassten Staat zu verringern.

Donnerstag, 9. Februar

Mit einer aktuellen Stunde machen die FREIEN WÄHLER auf den langsamen Ausbau des schnellen Internets in vielen ländlichen Gemeinden aufmerksam und fordern Minister Söder zum Handeln auf. Denn vielerorts werden Kommunen im Stich gelassen, wenn Dienstleister vorgegebene Fristen zur Fertigstellung der Anschlüsse nicht einhalten oder schlechten Service bieten. Dabei ist der **Anschluss an schnelles Internet** gerade für mittelständische Unternehmen enorm wichtig, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße/Hausnummer PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift